

ORA ET  
LABORA

Bete und  
Arbeit!

# St. Peters Bote.

Ein Familienblatt zur Erbauung und Belehrung.

U. I. O. G. D.

Auf daß in  
Allem Gott  
verherrlicht  
werde

No. 6  
27. Jahrgang

Münster, Sasl., Donnerstag, den 20. März 1930

Fortlaufende  
No. 1359

## Rückblick auf den Kampf gegen Kreuzfug und Ordensknecht in Saskatchewan

Der ungeredete Geheime, welcher den Premierminister J. T. M. Anderson am 11. Februar in der Legislatur von Saskatchewan einreichte und welcher die Verbannung des Ordensknechtes und religiöser Abzeichen aus den öffentlichen Gebäuden beantragte, ist, wie voraus zu sehen war, am 11. März in dritter Lesung von der gesetzgebenden Körperschaft in Regina angenommen und somit zum Gesetz gekommen. Herr A. Koppen, der liberale Abgeordnete für den Wahlkreis Saltcoats, der sich, wie wir vor zwei Wochen berichteten, entsetzte, um nicht stimmen zu müssen, als es bei der zweiten Lesung zur Abstimmung kommen sollte, trat diesmal als entschiedener Gegner der Vorlage auf, so daß man behaupten darf, die engherzige Vorlage wurde von den liberalen Mitgliedern der Legislatur einstimmig verurteilt. Dagegen stimmten die Konservativen mit den progressiven und unabhängigen Legislativmitgliedern, welche sich an die Schürzenbänder der Konservativen gebunden hatten, vollständig für die Vorlage.

Ein letzter Anlauf gegen die Vorlage wurde von den Herren Dr. Ulrich und Anton Suf unternommen. Herr Dr. Ulrich verlangte von Herrn Anderson eine Erklärung des Wortes „Kreuzfug“ (Abzeichen), worauf ihm die Antwort wurde, es bedeute gerade das, was der Wortlaut der Vorlage besage, z. B. das Kreuzfug. Herr Nat Given, der konservative Abgeordnete für den Wahlkreis Notown, erdreistete sich zu der Frage, „warum denn die beiden Seiten der Legislatur in dieser Frage nicht zusammenarbeiten und die Angelegenheiten regeln könnten, ohne weiteren Kaffen- und Religionshag herumzuführen“. Da kam er aber an den Unredlichen. Dr. Ulrich lehnte die Anspielung aufs Schärfste ab und erklärte, „daß das Volk in Frieden und Eintracht gelebt habe bis zu dem Zeitpunkte, da bezahlte Aufwieglar hinausgingen und dieser Hof entzündet“. Zu dem darauffolgenden Wortgefecht wurden Ordensgrüße aus allen Ecken und Enden der Legislatur laut. Herr Suf von South An'pwele verlangte hierauf eine Erklärung über das Wort „Religious Garb“ (Ordensknecht) und wollte wissen, was für eine Kleidung die Ordensknechte tragen müßten, damit es ihnen erlaubt sei, fernhin in den öffentlichen Gebäuden zu unterrichten. Herr Anderson antwortete hierauf, es sei nicht die Absicht der Regierung, hierin eine Erklärung abzugeben. Auf die weitere Frage, ob es Ordensknechten erlaubt sein würde, zu lehren, falls sie ihre Kleidung ändern würden, antwortete der Premierminister, daß sie dann weiter unterrichten könnten, aber sie müßten dann die Schule betreten in einem Kleide, das absolut frei wäre von jedem Hinweis der Zugehörigkeit zu einem religiösen Orden. Befragt von Herrn Davis, ob Lehrerzertifikate an die die Normal- und Berufsschulen gehörenden Mitglieder von Ordensgenossenschaften auch künftighin ausgestellt oder ob hierin auch neue Verfügungen getroffen werden würden, antwortete Herr Anderson, daß dies eine Sache sei, die in Betracht gezogen werden würde, nachdem die Vorlage erst wirksam geworden sei.

Das Unrecht, das die konservative Regierung von Saskatchewan durch dieses neue Gesetz den Ordensknechten

katholische Mehrheit in Quebec bewirkte den dortigen fortwährenden Frieden und das schönste harmonische Zusammenleben beider Konfessionen bis auf den heutigen Tag.

Von dem gleichen Geiste der Gerechtigkeit, des Friedens, der Verantwortlichkeit und Toleranz waren auch die Väter der Konföderation befeelt, als sie vor 63 Jahren das Dominion von Canada ins Dasein riefen. Um dem Lande für alle Zukunft die unermeßliche Wohltat des Friedens und die Liebe zur Einigkeit zu sichern, wollten sie ihren Nachkommen das große Gut der Gewissensfreiheit im vollsten Maße — und vor allem in der Schule — gesichert wissen. Erst nachdem dieses Prinzip angenommen, erst nachdem der konfessionellen Minderheit, ob katholisch oder protestantisch, das Recht auf konfessionelle Schulen garantiert worden war, erklärten die Väter der Konföderation sich bereit, den Provinzenverbänden von Canada, das Dominion of Canada, zu errichten. Selbstverständlich war es ihre Absicht, daß die Mehrheit irgend einer Gegend jene Schule haben sollte, die dem Glauben dieser Mehrheit entsprach; denn es wäre ja ein Unfug gewesen, wenn die Mehrheit nicht das bewußt wüßten wollten, was sie doch der Minderheit garantiert hatten. In Saskatchewan aber darf jetzt nach dem neuen Gesetz keine Schwester in ihrem Ordensknecht die Schule — die Publikschule — betreten, wenn auch alle Kinder katholisch sind. Denn in einem Distrikte, in dem

nur Katholiken wohnen, darf nach dem Gesetz nur eine Publikschule sein, falls sie nicht eine Pfarrschule beizuge.

Als Manitoba, Saskatchewan und Alberta dem Dominion of Canada einverleibt wurden, schien man schon mehr oder weniger von dem Geiste, der die Väter der Konföderation befeelt, abgekommen zu sein. Unter den Bewohnern dieser drei Provinzen selbst befand sich eine größere Anzahl Unzufriedener, die den Katholiken, die in diesen drei Provinzen die Minderheit bilden, um keinen Preis jene Gewissensfreiheit in den Schulen zugewinnen wollten, welche die Väter der Konföderation als die Hauptgrundlage für den zukünftigen Frieden Canadas als notwendig betrachteten. So kam es, daß man den Katholiken Manitobas an erster Stelle ein Gutteil ihrer Rechte raubte. Dieser Raub bildet einen schwarzen Schatten in der sonst so glänzenden Administration des großen katholischen kanadischen Staatsmannes Sir Wilfrid Laurier, der damals Premierminister des Dominion und Führer der liberalen Partei war.

Als dann im Jahre 1905 Saskatchewan und Alberta zu Provinzen erhoben wurden, standen hier die sogenannten Provinzrechtler als die Unzufriedenen auf und setzten alle Hebel in Bewegung, um die von Sir Wilfrid Laurier abgelehnte und vom Parlamente in Ottawa ratifizierte Autonomie-Vorlage, welche

(Fortsetzung auf Seite 4)

## Wie Belgrad mit dem größtenteils katholischen Volk der Kroaten verfährt

Von Generaloberst Stephan Freiherr Sarkotic von Lovcen,  
vormals Landeschef von Bosnien und Herzegowina  
(Schöne Aussicht, 2. Februar 1930.)

Aus der Verwaltung. Neuenzeitung Jugoslawiens haben die Kroaten die Überzeugung gewonnen, daß die Autokratie eingeführt wurde, um dem wehrlosen kroatischen Volk die serbische Hegemonie noch empfindlicher als bisher aufzuzwingen und die Serbifizierung der Kroaten und anderer Völker in noch größerer Form fortzusetzen. Um den Kroaten jede Möglichkeit der Verteidigung ihres Eigenwillems zu nehmen, wurde sofort die Präsenzgesetz eingeführt, — im dem Sinne, daß den serbischen Zeitungen gestattet ist, die kroatischen Ideale anzugreifen und in der Not zu zerrren, wohngegen es den kroatischen Zeitungen strengstens untersagt ist, solche Angriffe zu erwidern. Alle Gemeinde- und Stadtvertretungen wurden aufgelöst und durch Distriktsräte ersetzt, also durch Leute, die weder die Kompetenz, noch die Freiheit haben, im Namen des kroatischen Volkes zu sprechen, sondern einfach die Aufträge der Distriktsräte zu vollziehen. Eine jugoslawische Presse existiert nicht mehr. Es existiert nur eine Distriktspresse. In Belgrad wurde ein distriktsrechtliches Zentralprebire errichtet, das als

Regierungsorgan verordnet, was die Zeitungen zu schreiben haben. Alle Zeitungen, welche kulturell und national den kroatischen Standpunkt vertreten, wurden eingekerkert, die kroatische und andersnationalen Presse ist auf die Vergeudung der Lokal- und Tageschronik sowie auf die Verlautbarung der unzähligen Distriktsgerichte beschränkt. Briefpost, Telefon und Telegraph unterliegen der strengsten Kontrolle.

Alles, was in die Welt über die angebliche Begeisterung der Kroaten für Belgrad hinausposaunt wird, ist darauf zurückzuführen, daß die Regierung den eingekerkerten Gemeindefunktionären und Stadtvertretern strengstens aufgetragen hat, Soliditätsbekundungen und Begrüßungsgramme einzusenden, beziehungsweise durch Drohungen, Bestechungen und falsche Versprechungen bei gleichzeitiger Nachhilfe seitens der Gendarmerie zum Zwecke rascher Abordnung kroatischer Bauern, an welchen erwiebenermaßen in Bawentradt verlebte, von der Regierung abhängige nichtböhmische Verbände oder verkommene Individuen in überwiegender Mehrheit teilgenommen haben, nach Belgrad pilgern zu lassen. In dieser Sorte gehört nach fast einjährigem Trude auch die Subjugation der Stadt Agram, aus welcher jetzt mit distriktsrechtlichen Maßnahmen ein Befehl zum jugoslawischen Einheitsstaat erpreßt wurde. Diese Erpreßung war um so dringender, als ich am 19. November 1929 wahrheitsgemäß in der Wiener „Rechtspost“ erklären konnte, daß das kroatische Volk aller kroatischen Länder nicht hinter der Distriktsräte, sondern hinter seinen Volksführern in An- und Auslande steht. Letzter, lauter böhmische und charaktervolle Männer, hatte ich dort mit ihrem Namen genannt. Für die Abänderung der bedingungslosen Liebe der Kroaten für die orthodoxen Serben und für die Distriktsräte haben sich die Belgrader wieder einen katholischen Priester ausgesucht, den Karamer Stadtpfarrer von St. Markus, Herrn Dr. Mitra, einen hehrwürdigen Lepontin, nach dem Mütter des Dr. Sarkotic, der bereits alle Bandlungen von alibischen Subjugationsverträgen, von Serben des revolutionären jugoslawischen Kampfes, während des Weltkrieges, von hehrwürdigen kroatischen Patrioten und einigen Belgrader Belgrader bis zum jetzigen Heimbewerber der Distriktsräte durchgemacht hat. Dieser Stadtpfarrer gehärtet sich als der beredteste und beständige Vertreter der „Brüderlichkeit und Eintracht“; er entließ sich über das vergossene Blut der kroatischen Jugend verfallenden Polizei und Gendarmen. Er entließ sich aber mit keinem Worte über das in Belgrad vergossene Blut der kroatischen Führer, mit keinem Worte über die Tausende von Bauern, die von den serbischen Gendarmen, nach bis auf Blut geschüttet und verdrängt wurden und werden; nicht mit einem Worte gebührt er jener Kroaten, die zu Hunderten in den Gefängnissen der Agramer Polizei die ärgsten Qualen ausgestanden haben oder noch erdulden. Er will nicht hören deren Verzweiflungs-

den Amerikanern einen großartigen Empfang. Wird selbst betrachtet nicht, den Flug über den Südpol, sondern die Entdeckung eines großen neuen Landstriches als den Haupterfolg seiner Expedition und verspricht sich daraus für die Wissenschaft die größten Vorteile. — Neu wird wohl die Frage erörtert werden, ob das neu entdeckte Land Amerika oder England gehören soll. In seiner Rede zu Dunedin ließ er diese Frage menschlichen. Er sagte sogar, er hätte nur die Arbeit fortgesetzt, welche englische Pioniere begonnen hätten. Alle Amerikaner dürften aber kaum so selbstlos sein, und wenn einmal die großen Weltfragen gelöst sind, mögen sich England und Amerika darüber in die Haare geraten — vor allem,

menn das neue Land großen Materialreichtum bergen sollte.

Wie aus der Statistik der amerikanischen Bundeserhebungsbehörde hervorgeht, hat in dem Jahre vom 1. Januar 1929 bis zum 1. Januar 1930 die Landbevölkerung in den Ver. Staaten um 270.000 Seelen abgenommen. Diese Zahl ist schon an und für sich sehr groß, erweist aber noch viel bedeutender, wenn man erwägt, daß auf dem Lande von etwa 280.000 Todesstellen mit getöteten 630.000 Geburten gegenüberberuhen. Es sind also tatsächlich um 610.000 mehr vom Lande in die Stadt als von der Stadt auf das Land gezogen. In Wirklichkeit haben 1.876.996 Menschen das Leben in die Haare geraten — vor allem,

(Fortsetzung auf Seite 4)

## Hier und dort

Am 9. März starb in den Ver. Staaten William Howard Taft, der von 1909 bis 1913 Präsident der Republik und von 1921 bis kurz vor seinem Tode Oberster Bundesrichter gewesen war, im Alter von 72 Jahren. Nachdem er bis zum Jahre 1896 teils in seinem Heimatstaate Ohio, teils im Dienste der Ver. Staaten die Rechtspraxis ausgeübt und die folgenden vier Jahre an der Universität Cincinnati Rechtswissenschaft gelehrt hatte, wurde er 1900 zum Vorkandidaten der Philippinenkommission u. 1901 zum Zivilgouverneur der Philippinen ernannt. Als solcher machte er im Auftrage der Regierung einen Besuch beim Papste, um mit dem Oberhaupt der Kirche zu einer Verständigung über die Ordensgüter auf den Philippinen zu kommen. Von 1904 bis 1908 befehligte er unter dem Präsidenten Roosevelt das Amt des Kriegssekretärs. Er hatte es nicht bloß seiner Tüchtigkeit und seinen Eriolagen im öffentlichen Leben, sondern auch der Gunst Roosevelts zu verdanken, daß er 1908 als Präsidentenwahlkandidat der republikanischen Partei nominiert wurde. Am 8. November wurde er dann mit großer Mehrheit zum Präsidenten erwählt. Seine Wiederwahl, die er 1912 antretete, wurde dadurch vereitelt, daß Roosevelt als unabhängiger Kandidat dem Südpol angetreten hatte. Dem Schiff, die „City of New York“, sowie sein Begleiterschiff „Gleanor“, die vor einem Jahre Dunedin in bester Verfassung verließen, waren durch die vielen heftigen Stürme und noch mehr durch die Eismassen, durch welche sie sich kämpfen mußten, so zugerichtet, daß sie kaum mehr zu erkennen waren. Auch die Mannschaft war durch die vielen Strapazen arg mitgenommen. Die Bevölkerung von New Zealand bereizete

den damaligen Staatssekretär Root in die Worte gefleht worden: „Die Priars müßt ge“ — „die Ordensknechte müßt hinaus!“ Als Vorsitzender der Untersuchungskommission nahm Taft jeden Feind der Ordensknechte, wenn er auch einen noch so dunklen Lebenslauf hinter sich hatte, als vollgültigen Zeugen gegen dieselben an. Da nach einer solchen Untersuchung und nach Aufhebung der öffentlichen Meinung (Gedacht bestand, daß die Ver. Staaten die Ordensgüter, die bis dahin größtenteils dem Unterhalte der Missionen und der zahlreicheren öffentlichen Anstalten auf den Inseln gedient hatten, einfach konfiszieren würden, gab ihm dem Tode nach überließ sie um einen Spottpreis der amerikanischen Regierung. Von da fanden sie ihren Weg zu den geldgierigen amerikanischen Konfessionen, welche sie einzig und allein zu ihrem eigenen Vorteile ausbeuten. Ähnlich wie bei der Unterdrückung der Klöster in England zur Zeit der Reformation, gingen die Ordensgüter für das philippinische Volk ein für allemal verloren.

Am 10. März fehrte der amerikanische Südpolforcher Richard E. Byrd nach Dunedin, New Zealand, zurück, von wo aus er vor mehr als einem Jahre seine Expedition nach dem Südpol angetreten hatte. Dem Schiff, die „City of New York“, sowie sein Begleiterschiff „Gleanor“, die vor einem Jahre Dunedin in bester Verfassung verließen, waren durch die vielen heftigen Stürme und noch mehr durch die Eismassen, durch welche sie sich kämpfen mußten, so zugerichtet, daß sie kaum mehr zu erkennen waren. Auch die Mannschaft war durch die vielen Strapazen arg mitgenommen. Die Bevölkerung von New Zealand bereizete

Die Ermordung eines Franziskanermissionars in Jugoslawien

Am 13. Oktober vergangenen Jahres trat die Franziskanermission in Albanien ein harter Schlag. Einer ihrer besten und tüchtigsten Söhne wurde ihr durch mörderische Hand entzogen.

Nach einer sehr zuverlässigen Quelle wurde P. Stephanus Constantinus Gjecon an jenem Tage, als er seinen hehrwürdigen Verpflichtungen nachging, von zwei jugoslawischen Polizisten aufgefordert, nach der Stadt Prizren zu gehen. Sie gaben an, der dortige Statthalter ließe ihn rufen. Der Vater folgte abnungslos der Aufforderung. Nach einem kurzen Besuche beim katholischen Bischof begab er sich zum Statthalter, der ihm versicherte, daß er ihn gar nicht habe rufen lassen. Als sich jedoch der Vater auf der Heimreise in seine Partei einige Kilometer von der Stadt entfernt hatte, traten aus einem Hinterhalt zwei in Uniform gekleidete Männer vor den wehrlosen Missionar, der sich in Begleitung eines Beamten und eines Dieners der

obenerwähnten Stadtgemeinde befand. Sie behaupteten den Vater, obwohl auf ihn und traten dabei kein rechtes Auge. Obwohl P. Stephanus zuhimmelnbrach, hielten sie, er konnte doch noch am Leben bleiben und reuerten 6 bis 7 Schüsse auf seine Brust ab. Die Begleiter des Missionars löben ganz erschrocken, um beim nächsten Polizeikommando die Lot zu weihen. Der Bericht schließt mit der Bemerkung: „Der Vater war einige Zeit früher mit dem Distriktslehrer in Streit geraten.“

Dieser Streit betraf folgenden Vorfall: Der Distriktslehrer hatte die katholischen Kinder aufgefordert, das idiomatische Kreuzzeichen zu machen. Daher machte ihm P. Stephanus Vorstellungen, und berichtigte seinen Disziplinmangel das Gedächtnis, der die Angelegenheit bis zum Belgrader Unterrichtsministerium weiterleitete. Daraufhin wurde der Lehrer seines Amtes enthoben. Bei seinem Abgehen ließ er heftige Drohungen gegen den Vater aus. — Die albanische Regierung hat beim Belgrader Außenamt sofortige Unterdrückung der graufigen Tat und

(Fortsetzung auf Seite 5)

(Fortsetzung auf Seite 8)